ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hartmann, Hellmut

**Article — Digitized Version**

# Entwicklungspolitik ohne Illusionen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hartmann, Hellmut (1965) : Entwicklungspolitik ohne Illusionen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 2, pp. 59-60

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133451

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Entwicklungspolitik ohne Illusionen

In Zusammenhang mit den turbulenten Ereignissen der letzten Wochen um die deutsche Nahost-Politik hat auch jener Teilbereich deutscher Außenpolitik Schaden genommen, der ihn — auf lange Sicht gesehen — am wenigsten vertragen kann: die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik an die wirtschaftlich noch wenig fortgeschrittenen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Es dürfte wohl kaum übertrieben sein, wenn man feststellt, daß der ohnehin schon lange anhaltende Tiefstand in der Bereitschaft der Öffentlichkeit zur Hilfe an andere Völker nun wirklich nicht mehr unterschritten werden kann. So wurden in den letzten Wochen verschiedentlich Stimmen laut, die mit Besorgnis fragten, wie man denn nun, nachdem evident geworden sei, von welch vielfältigen und offenbar nur in der Theorie zu kontrollierenden politischen Kräften ein Gelingen der Entwicklungshilfe abhängt, in Zukunft dem deutschen Steuerzahler die Notwendigkeit weiterer Hilfen darlegen wolle. Die Sache wird noch komplizierter dadurch, daß es gar nicht darum geht, ihn von der Notwendigkeit der Hilfe schlechthin, sondern von ihrer Verstärkung zu überzeugen.

Abgesehen davon, daß immer wieder die Vermutung laut wird, daß wir mit unseren Steuergeldern den Aufwand einer herrschenden Schicht in den Entwicklungsländern finanzieren helfen, und auch abgesehen davon, daß sich obendrein von Zeit zu Zeit immer wieder herausstellte, daß selbst hoffnungsvoll begonnene Projekte nicht kalkulierbaren politischen Fehlentwicklungen zum Opfer gefallen sind, fällt es schwer, selbst für sinnvolle Projekte, die nach menschlichem Ermessen ohne Störungen abgewickelt werden könnten, die notwendige Resonanz in der Öffentlichkeit zu finden.

Dies liegt in erster Linie daran, daß sich der Ertrag entwicklungspolitischer Maßnahmen nur nach einem sehr langen Zeitabschnitt messen läßt — und auch dann nicht in Heller und Pfennig. Gleichgültig, welchen Weg der Entwicklungsförderung man beschreiten will, ob man schwergewichtig zunächst die Landwirtschaft oder einzelne Industrien der Entwicklungsländer zu fördern beabsichtigt, stets wird man mindestens mit einem Zeitraum von der Länge eines Menschenalters rechnen müssen, bis auf ganzer Linie deutlich wird, daß sich die Anstrengungen auch gelohnt haben.

Man hat den jungen Nationen oft vorgeworfen, sie seien zu ungeduldig und gäben sich der Illusion hin, nachhaltige Erfolge ihrer entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie der Hilfe von außen schon in ein, zwei Jahren feststellen zu können. Dieser Vorwurf ist in den meisten Fällen sicherlich berechtigt. Nur trifft er unseres Erachtens in gleicher Weise für die Hilfen zu, die von entwickelten Ländern gegeben werden — und zwar gleichermaßen für staatliche wie für private Maßnahmen. Ein privates Unternehmen kann aus seiner Zielsetzung der Gewinnmaximierung binnen absehbarer Zeiträume heraus nicht auf einen angemessenen

Gewinn aus einer Investition in einem Entwicklungsland verzichten. Insofern erscheint es so gut wie ausgeschlossen, daß privatwirtschaftlich geführte Unternehmen Investitionen in gerade den Gebieten der Entwicklungsländer unternehmen, die sie am nötigsten haben, nämlich in landwirtschaftlichen Regionen, in denen gewöhnlich das Pro-Kopf-Einkommen und die Kaufkraft der Bevölkerung am niedrigsten sind.

Von ihnen ist daher nur ein Entwicklungsbeitrag für die schon ohnehin relativ stark entwickelten Industriezentren zu erwarten. So wichtig dies im Einzelfall — etwa zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit in den großen Städten — auch sein mag, so reicht es doch nicht aus. Um langfristig ungleichgewichtige Entwicklungen, mit denen immer die Gefahr politischer Störungen verbunden ist, zu umgehen, ist auch die Förderung der am weitesten zurückgebliebenen Regionen erforderlich.

Man hat diese Aufgabe häufig den staatlichen Investitionen zugewiesen und auch gemeint, die regierungsoffiziellen Hilfen der industrialisierten Länder müßten vorwiegend dort Verwendung finden. Ein solches Vorgehen setzt allerdings voraus, daß man bereit ist, auf kurzfristig sichtbar werdende Erfolge zu verzichten, und sich innerlich auf ein langfristiges Gelingen einstellt, was allerdings praktisch meist mit einem Verzicht auf optische Wirkungen verbunden ist. Dafür lassen sich dann nicht einmal die politisch verantwortlichen Kräfte, die es eigentlich besser wissen sollten, mobilisieren, mit der Folge, daß auch die staatlichen Hilfen häufig nicht zweckentsprechend eingesetzt werden.

Man könnte es mit diesem Hinweis belassen und die Tatsache beklagen, daß der Politiker, allzu sehr auf optische Wirkungen angewiesen, ungern Dinge in Angriff nimmt, die weithin unpopulär sind. Aber muß dies zwangsläufig der Fall sein? Wer sich nicht der Resignation und der Tatenlosigkeit hingeben will, kann nicht umhin, diese Frage aufs schärfste zu verneinen. Auch hier, im Bereich der Entwicklungspolitik, zeigt sich wieder, worauf in dieser Zeitschrift in anderem Zusammenhang schon des öfteren hingewiesen wurde, daß es die Träger politischer Verantwortung auf sich nehmen müssen, dem Bürger die ungeschminkte Wahrheit zu sagen und ihm notfalls Opfer abzuverlangen. *Hellmut Hartmann*

---

## *Aus Briefen an die Redaktion:*

(„Zur Frage der wachsenden Staatsausgaben", von Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Heft 12/1964).

Was den Bundeshaushalt angeht, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß sich in den letzten Rechnungsjahren ganz eindeutig bestimmte Prioritäten entwickelt haben, die zum Teil in einem Polaritätsverhältnis zueinander stehen. Die Bundesregierung hat naturgemäß die Investitionen für die äußere Sicherheit, den Straßenbau und die wissenschaftliche Forschung in den Vordergrund geschoben. Dagegen sah das Parlament die erste Priorität in den Sozialausgaben in weiterem Sinne sowie in der Förderung der Landwirtschaft, die bekanntlich im parlamentarischen Raum über einen besonders weitreichenden Einfluß verfügt. Der Zusammenprall dieser unterschiedlichen Tendenzen ist eine der entscheidenden Ursachen des Wachsens der Bundesausgaben. Da die Bundesregierung seit dem Rechnungsjahr 1963 die Ausgabensteigerung nach dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts orientiert hat, sind als Folge hiervon zahlreiche andere wichtige Staatsaufgaben sehr kurz gehalten worden, was in der Öffentlichkeit nicht immer genügend gewürdigt worden ist.

Zu dem letzten Absatz des Artikels von Prof. Dr. Ortlieb ist daher zu sagen, daß es an einer Entscheidung über die Prioritäten nicht gefehlt hat. Dagegen kann bedauert werden, daß eine langfristige Haushaltsbetrachtung erst jetzt im Werden ist. Erst wenn sie vorliegt, wird eine bessere Übersicht über die Entwicklung der Staatsausgaben möglich sein.

*Ministerialdirektor Hans-Clausen Korff, Bundesministerium der Finanzen, Bonn*

(„Durch Zollerhöhung zum Freihandel? Zur Außenwirtschaftspolitik der britischen Labour-Regierung", von Dr. Wolfgang Michalski, Heft 12/1964).

I found the article by Dr. Michalski very interesting, but I must say I am quite unconvinced by the objections to devaluation. The devaluation would have the great advantage that it would not only protect the import industries but also stimulate the export industries. If a 15 per cent surcharge is sufficient then, let me say, an 8 per cent devaluation would be enough. I don't see how that should affect the American balance of payments differently than the surcharge does except possibly through psychology. Therefore it seems to me there is no danger of a spiral of competitive devaluations. The IMF surely could easily prevent that from happening. It is, of course, true that devaluation without stopping internal inflation would not provide a permanent cure, but exactly the same is true of the 15 per cent surcharge.

*Prof. Dr. Gottfried Haberler, Cambridge, Mass., USA*